

Windparkfriedhof Nordsee*

geschrieben von K.e.puls | 8. Februar 2026

=====

*Dagmar Jestrzemski (Red. PAZ)**

Eine Nachricht sorgte in der letzten Woche für blankes Entsetzen. Am 26. Januar wurden auf dem 3. Gipfeltreffen der Nordseeländer in Hamburg die Ausbauziele für eine europäische Kooperation bei Windenergie auf See bis 2050 bekannt gegeben.

=====

Konferenzteilnehmer waren die Regenten und Vertreter der Nordsee-Anrainerländer, Irlands und Luxemburgs sowie zahlreiche Teilnehmer und Beobachter von Verbänden, Vereinen, NGOs, der EU-Kommission und der NATO.

Laut der „Hamburger Erklärung“ sollen vor den Küsten der Nordsee-Anrainerländer binnen 25 Jahren – also bis zur angestrebten sogenannten Klimaneutralität 2050 – zusätzliche Offshore-Projekte mit insgesamt 100 Gigawatt (GW) grenzüberschreitender Leistung installiert werden. Das liefe auf nicht weniger als eine Verzehnfachung der jetzigen Kapazität hinaus und damit, wie die „Qualitätsmedien“ kommentarlos berichteten, auf den Bau von „Tausenden“ weiteren Offshore-Windkraftanlagen in der Nordsee. Als gemeinsames Ziel für den Ausbau der Windenergie auf See wurden 300 GW Leistung festgelegt. Zentrales Element ist ein „Joint Offshore Wind Investment Pact“ von Nordsee-Staaten, Offshore-Windindustrie und Übertragungsnetzbetreibern in Höhe von 9,5 Milliarden Euro. Eine erste Verbindung, die Windpark-Anbindung und Stromhandel kombiniert, soll Mitte der 30er Jahre hergestellt sein. „Die Nordsee als Kraftwerk für ein resilientes und wettbewerbsfähiges Europa“ lautet die Überschrift der von der Bundesregierung veröffentlichten „Hamburger Erklärung“. Die Nordsee wird darin als „strategischer Schlüsselraum Europas“ bezeichnet. Laut Bundeswirtschaftsministerin Reiche soll die Nordsee gar „zum größten Energiehub der Welt“ entwickelt werden.

Dabei muss man sich vor Augen führen: Derzeit wird allein in den deutschen Wirtschaftszonen der Nord- und Ostsee mit Hochdruck der Zubau von 30 GW Leistung bis 2030 vorbereitet, zusätzlich zu den derzeit 9,2 GW, wovon 7,4 GW auf die Nordsee entfallen.

Für die europäischen Kooperations- und Ausbaupläne der volatilen

Windenergie auf See wurde interessanterweise nicht wie sonst üblich der Klimaschutz betont. Wie denn auch jeder mitdenkende Bürger schlussfolgern muss, dass sich das Klima durch die exponentiell zunehmende Abschöpfung des Windes weiter in chaotischen Prozessen verändern kann und wird. Interessanterweise wiederholt sich an dieser Stelle Geschichte. Es geht bei den Hamburger Beschlüssen auch und vor allem um die europäische Energieabhängigkeit von Russland. Man muss hier an den Ursprung der „Erneuerbaren-Bewegung“ erinnern. Ende der 1970er Jahre wollten sich die USA und Europa wegen der anhaltenden Ölkrise erklärtermaßen aus ihrer Abhängigkeit von den fossilen Kraftstoffen aus den Golfstaaten „befreien“. Mit massiven Steuergeschenken wurde in Kalifornien ein Investmentboom für Windenergie ausgelöst. Damals wurden die Ideale der europäischen Aufklärung verraten: Der Begriff „erneuerbare Energie“ musste dabei als Propaganda-Schlagwort herhalten, obwohl er keine physikalische Wahrheit beinhaltet.

Wind bringt notwendigen Regen

Viele Bürger möchten vermutlich nicht glauben, dass eine derartige Irreführung in den USA und im Europa der Aufklärung möglich ist. Doch es spielte dabei auch die Wiederbelebung der Zensur eine Rolle, und zwar in Form des Verschweigens einer großen Anzahl von internationalen Studien, die den Betrug entlarven. Betroffen davon war nicht zufällig auch hochkarätige wissenschaftliche Literatur wie Albert Einsteins Abhandlung „Zur Quantentheorie der Strahlung“ von 1917. Einstein lieferte als Erster den theoretischen Nachweis, dass Gase keine Wärme speichern können. CO₂ wird dennoch absichtlich irreführend als Treibhausgas bezeichnet.

Verschwiegen wurde auf dem Gipfeltreffen auch, dass die Nordsee schon jetzt ein Sanierungsfall ist. Das Ökosystem unseres besonders schutzbedürftigen Randmeers ist durch den Abrieb der Chemikalien von mehr als 4.000 Windkraftanlagen, intensive Fischerei, Geisternetze, Vermüllung, PFAS-Einträge und den Schiffsverkehr bereits stark belastet. Dazu kommt der beklagenswerte Vogelschlag durch Kollision mit den Windrädern. Außerdem werden meteorologische Veränderungen beobachtet, weil der lebensnotwendige Wind bedenkenlos in immer größerem Umfang „geerntet“ wird. Man muss wohl daran erinnern, dass der Wind uns den Regen bringt. All das sind Warnsignale an die Verantwortlichen.

Doch über diese traurige Realität wird nie in Zusammenhang mit der gefährlichen Energiepolitik verhandelt. Es könnte ja allzu vielen Bürgern der tiefe Abgrund zwischen dem kritischen Zustand der Nordsee und dem merkwürdig pathologischen Kadavergehorsam unserer demokratisch gewählten Staatsoberhäupter gegenüber der autoritären, verlogenen EU-Klimapolitik auffallen.

In Brüssel faselt man von Umweltschutz, während die flächenhafte Zerstörung und Verschmutzung durch immer mehr Wind- und Solarindustrieanlagen an Land und auf See zunimmt. Die Brüsseler Logik

entstammt jener Parallelwelt, wo Milliardeninvestments und angstmachende Narrative über das harmlose Molekül CO₂ zusammengehören.

Das Hamburger „Paket des Grauens“ erinnert durch seine schockierende Dimension wieder einmal daran, dass wir alle Mitgefangene der irreführenden Erzählungen und Handlungsoptionen sind, die sich unter der Bezeichnung „Klimaschutz“ in der Politik, der Medienwelt und leider auch in den Köpfen der meisten Bürger eingenistet haben. Das uralte Symbol der drei Affen – nichts sehen, nichts hören, nicht sprechen – kennzeichnet trefflich das Verhalten unserer demokratisch gewählten Volksvertreter, wenn es um die Propagierung der rabiaten Methoden der nicht-erneuerbaren Energien und ihrer Auswirkungen geht.

Eine Sprecherin der Windbranche enthüllte unfreiwillig den Betrug. Am Rand des Gipfeltreffens forderte sie eine deutliche Aufstockung der staatlichen Subventionen, da viele und umfangreiche Offshore-Windparks die lokalen Windgeschwindigkeiten beeinträchtigen. Hinzu kommen steigende Kosten und Rohstoffpreise. Infolgedessen erwarten die Betreiber langfristig sinkende Erträge für ihre Stromerzeugung. Messdaten deuten darauf hin, dass sowohl der bodennahe Wind als auch der für die Windkraft wichtige Höhenwind seit Jahren abnehmen.

=====

) * Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 06.02.2026, S.8 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin *Dagmar Jestrzemski* für die Gestattung der ungetkürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; Hervorhebungen im Text: EIKE-Redaktion.

=====

Energie aus dem Schutzgebiet (PAZ)*

geschrieben von K.e.puls | 8. Februar 2026

Die Doggerbank wird zum Industriepark Auf dem Schutzgebiet mitten in der Nordsee sollen riesige Windräder „sauberen“ Strom erzeugen. Es könnte verheerende Auswirkungen auf die Natur haben.

Wissenschafts-Skandal : Klima-Alarm mit falschen Daten*

geschrieben von K.e.puls | 8. Februar 2026

=====

Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ) :*

Potsdamer Wissenschaftler lösen mit fehlerhaftem Aufsatz weltweit Hysterie aus

=====

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) gilt offiziell als unabhängig, obwohl seine Grundfinanzierung zu 100 Prozent durch Bund und Länder erfolgt. Am 17. April 2024 veröffentlichte das renommierte Fachmagazin „Nature“ eine Studie der Mitarbeiter der PIK-Abteilung Komplexitätsforschung Maximilian Kotz, Anders Levermann und Leonie Wenz mit dem Titel „Die wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels“. Darin wird behauptet, dass der Klimawandel die globale Wirtschaftsleistung bis zum Jahr 2049 um 38 Billionen US-Dollar mindern werde – selbst wenn es nur zu einer moderaten Erderwärmung komme. Außerdem hieß es, die 38 Billionen seien das Sechsfache dessen, was all die Maßnahmen kosten würden, mit denen sich der Temperaturanstieg in der Atmosphäre auf zwei Grad begrenzen ließe.

Die Reaktionen auf die Studie, die 2024 zur am zweithäufigsten zitierten Facharbeit zum Thema Klimawandel avancierte, waren überwältigend: So nahmen die Bundesregierung und viele andere Regierungen rund um die Welt die Ausführungen der PIK-Wissenschaftler zum Anlass für neue klimapolitische Entscheidungen. Darüber hinaus stützten sich die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie das Netzwerk der Zentralbanken und Finanzmarktaufsichtsbehörden (NGFS) bei der Berechnung der künftigen Belastungen durch den Klimawandel und der Verabschiedung entsprechender Finanzkonzepte beziehungsweise Risikoeinschätzungen auf den Artikel.

Fehlerhafte Daten verwendet

Dabei hätte die Studie niemals gedruckt werden dürfen, denn sie strotzte vor methodischen Mängeln. Das trat bereits in der Begutachtungsphase zutage. Mehrere Fachleute äußerten massive Bedenken, was die Brauchbarkeit der verwendeten Vorhersagemodelle betraf. Ein Experte schrieb explizit: Leider müsse er darauf aufmerksam machen, „dass die statistische Methodik, auf die sich die Forschungsarbeit ... stützt, keinerlei wissenschaftliche Grundlage hat“. Trotzdem veröffentlichte die

Fachzeitschrift den Aufsatz. Daraufhin **schwoll die Kritik extrem an**, wobei nun auch die Datenbasis als unzureichend eingeschätzt wurde.

Das Herausgebersteam von „Nature“ reagierte am 24. Juni 2024 mit der Bekanntgabe kleinerer Korrekturen seitens der Autoren, die aber keine Wirkung zeigten. Also sah sich das Blatt veranlasst, am

6. August 2025 eine detaillierte Replik aus der Feder von Tom Bearpark, Dylan Hogan und Solomon Hsiang zu publizieren. Darin bemängelten die Wissenschaftler von den US-Eliteuniversitäten Princeton, Stanford und Columbia, dass fehlerhafte Wirtschaftsdaten aus Usbekistan für die Jahre 1995 bis 1999 das Gesamtergebnis erheblich verzerrten würden, weil das Rechenmodell der PIK-Mitarbeiter anfällig für Fehlschlüsse sei. Eine Woche später kam in der „Nature“ dann außerdem noch der Klimaforscher Christof Schötz von der Technischen Universität München zu Wort, der den Autoren der Studie attestierte, **statistische Unsicherheiten** ignoriert zu haben, was „**die Ergebnisse ... unbedeutend macht**“.

Kotz, Levermann und Wenz gaben sich angesichts der geballten Vorwürfe verhalten selbstkritisch, waren aber letztlich nicht gewillt, ihre fehlerhafte, **alarmistische Horrorprognose** in substanzialer Weise zu revidieren. Vielmehr reduzierten sie die angeblichen Kosten des Klimawandels einfach auf das Fünf- statt auf das Sechsfache der Aufwendungen für die Begrenzung der Erderwärmung – um dann profan hinzuzusetzen, diese Änderung sei „noch nicht überprüft“ worden.

Artikel komplett zurückgezogen

Aufgrund all dessen versah das Fachblatt „Nature“ den Artikel der PIK-Forscher schließlich mit der Anmerkung: „*Die Leser werden darauf hingewiesen, dass die Zuverlässigkeit der in diesem Manuscript präsentierten Daten und Methoden derzeit infrage gestellt wird. Sobald die Angelegenheit geklärt ist, werden geeignete redaktionelle Maßnahmen ergriffen.*“ Der Klärungsprozess dauerte bis zum 3. Dezember 2025, **dann zog „Nature“ den Text komplett zurück**, weil die notwendigen Verbesserungen „zu umfangreich für eine Korrektur“ seien.

Die AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag bezeichnete die Vorgänge um die Studie als „weltweit wahrgenommenen Wissenschafts-Skandal“ und forderte als Konsequenz eine rigide Kürzung beziehungsweise Streichung der aus Steuergeldern stammenden Fördermittel für das besagte Potsdamer Institut. Bleibt die naheliegende Frage, ob das PIK überhaupt noch eine Existenzberechtigung habe.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 19.12.2025, S.4 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor

Wolfgang Kaufmann für die Gestaltung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; Hervorhebungen im Text: EIKE-Redaktion.

=====

In den Windungen der Wärmewende*

geschrieben von K.e.puls | 8. Februar 2026

WELTWOCHEN GRÜN* ;
Nr. 6 / 04.12.2025
Editorial Beat Gygi :

Es ist kalt geworden, und tiefe Temperaturen bringen Hauseigentümer in Kantonen wie Zürich oder beider Basel zum Zittern – nicht wegen der Kälte selber, sondern weil sie mit Angst dem Zeitpunkt entgegensehen, in dem ihre Gasheizung aufgibt. Seit kurzem dürfen sie Öl-, Gas- oder Elektroheizungen nicht mehr ersetzen, sondern müssen ein neues Heizungssystem einbauen, wahrscheinlich ein teures mit Wärmepumpe, Holz oder Fernwärme.

Mehrere Beiträge dieses Hefts gelten den Auswirkungen der neuen Heizungsvorschriften, nicht nur mit Blick auf die Umwelt, sondern auch auf wirtschaftliche Folgen, etwa den vorübergehenden Erdsonden-Boom für die Installationsbranche oder die belastenden Sanierungen und Wertveränderungen bei Immobilien (Seiten 20–25). Als Paradebeispiel einer überhasteten Energiepolitik gilt das deutsche Heizungsgesetz; unter dem Titel «Bilanz einer Zerstörung» wird hier dargelegt, wie die Politik ein Land verunsichert, eine Branche lähmt und Investitionen fehleitet. Wie kommt man aus den Windungen der Wärmewende heraus? Hier einige Ratschläge aus Schweizer Sicht.

Das Klima und die Sonne

Im November stand für kurze Zeit die Uno-Klimakonferenz COP30 im brasilianischen Belém im Rampenlicht (zur Story), aber gemessen an der Zahl von 56 000 Angereisten blieb das öffentliche Echo gering.

Alarmistische Botschaften erhielten weniger Aufmerksamkeit als auch schon und Argumente, wonach die Energieversorgung und die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend seien, sind wichtiger geworden.

Vor allem innovative Unternehmen sollen demnach umweltverbessernd wirken, privat. Auf dieser Linie liegt die Firma Treecycle, die in Paraguay in die Aufforstung degenerierter Flächen investiert und durch Baumwachstum Wertvermehrung erreicht (zur Story). Und auf dem Gebiet Recycling wartet das Start-up Boxes mit Neuerungen in der Kunststoffverwertung auf (zur Story).

Eine besonders profilierte Gegenposition zum Klima-Alarmismus vertritt der prominente Astrophysiker Willie Soon, der im grossen Interview erklärt er, wie er die Zusammenhänge zwischen CO₂, Erderwärmung und Sonne sieht (zur Story). Soon zählt zum Lager der sogenannten Klimaskeptiker in der Wissenschaft, die nicht der Hauptströmung folgen. «Man kann keine Gesetze gegen die Sonne machen», sagt er, gegen CO₂ aber schon. CO₂ werde zu Unrecht als «Klimagift» verteufelt.

Noch eine kurze Frage :

Wo steht überhaupt das Thermometer für die Erdtemperatur? Antwort auf S.30

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN GRÜN, Zürich ; Nr.6 / 04.12.2025 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/> ; Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.

=====

Uno-Steuern, nein danke*

geschrieben von K.e.puls | 8. Februar 2026

=====



Beat Gygi (Red. WELTWOCHEN Zürich)

Wie die US-Regierung in der Schifffahrt einen globalen CO2-Fiskus verhinderte.

Die Uno hat soeben den Versuch unternommen, sich erstmals als globale Steuerinstanz in Stellung zu bringen, und ist damit vorerst gescheitert. Ende voriger Woche fand in London eine Versammlung der Uno-Untereinheit Internationale Seeschiffahrtsorganisation (International Maritime Organisation, IMO) statt, die eine CO2-Abgabe in der kommerziellen Schifffahrt hätte beschliessen sollen.

Laut IMO hat der Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt der IMO die Diskussionen über das vorgelegte Netto-null-Regelwerk dann aber um ein Jahr vertagt. Die Sitzung werde in zwölf Monaten wieder aufgenommen. In der Zwischenzeit würden die Mitgliedstaaten weiter auf einen Konsens zur Netto-null-Rahmenregelung der IMO hinarbeiten.

Die Zweidrittelmehrheit zur Ratifizierung des Regelwerks kam nicht zustande, und die Vertagung erfolgte, nachdem sich die US-Regierung, prominent Präsident Trump, gegen die Einführung der CO2-Besteuerung in dieser Branche zur Wehr gesetzt hatte – unter anderem mit Verweis auf mögliche Sanktionen gegen Besteuerungsmitmacher.

Außenminister Marco Rubio legte in einem Leserbrief im Wall Street Journal dar, wie die US-Regierung unter den IMO-Mitgliedstaaten eine Koalition gegen dieses Projekt mobilisiert habe, das als regressive Steuer die Entwicklungsländer belasten und das Wachstum hemmen würde. Die US-Bemühungen hätten bewiesen, dass «echte Diplomatie», die auf nationalen Interessen beruhe, «unverantwortliche bürokratische Pläne vereiteln» könne.

Die Schifffahrt verursacht rund 3 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen, und im Visier waren Steuern von 100 bis 380 Dollar pro Tonne CO2. Diese hätten in einen von der Uno verwalteten Fonds fließen sollen, vielleicht 10 bis 12 Milliarden Dollar pro Jahr. Daraus hätten Uno-Experten dann Subventionen für genehmigte Projekt verteilt – mit zentralisierter Umverteilungsmacht und vielfältigsten Missbrauchsmöglichkeiten.

Die Ablehnung des Uno-Zugriffs ist ein aufsehenerregender Schlag. Nachdem für das supranationale Gebilde EU die Einführung einer zentralisierten, demokratisch unfundierten Steuererhebung auf EU-Ebene zur Debatte steht, wollte die Uno nun auch zum internationalen Steuereintreiber mit eigener Kasse werden.

Vor allem aus den USA kam die Kritik, das käme einer «*taxation without representation*» gleich, einer Besteuerung ohne politische Vertretung. Schon heute regiert die Uno über ihre Konventionen, Entwicklungsziele und anderen Regelwerke tief in die einzelnen Länder hinein.

Jetzt wurde aber immerhin verhindert, dass der Moloch Uno auch zu einem Fiskus mit Zugriffsrecht aufs Geld der Leute wird.

Ist gerade noch mal gut gegangen!

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHE Zürich : | Die Weltwoche, 23.10.2025, S.60 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHE und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/> ; Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.

=====